

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag der C. Meißner'schen Buchdruckerei (Jahres D. Strom) für die Sachleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:

Die einsp. Zeile oder deren Raum im Bez. 20, außerh. 25 f. Zeitl. 3. 80 f. mit Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100%, Zuschlag. Dritte u. Auskunftsverteilung 20 f. Bei groß. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abnahmeverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Verabredungen außer Kraft.

Gerichtshand für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Kultur wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg 1.20. Durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk, sowie im sonst. Bez. 1.26 im Postbezirk. Preis frei. Preis einer Nummer 10 f.

In Fällen d. d. Gewalt verleiht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung od. auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Erklärungen nehmen alle Verleger, sowie Agenten u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Verleger: Nr. 4.

Neuenbürg Nr. 24. C. Meißner'sche Buchdruckerei.

1795

Montag, den 26. April 1926

84. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 24. April. Der Finanzausschuss des Landtags behandelte heute das Landesgewerbeamt und die Erwerbslosenunterstützung. Der Vorsitzende Hof (Str.) gedachte zunächst in ehrenwerten Worten des verstorbenen Landtagspräsidenten Hans Weidner'scher Pfleger (Sog.) erwähnte über das Landesgewerbeamt eingehenden Bericht. Präsident Hehle teilte mit, daß für das Landesgewerbeamt alsbald ein Wirtschaftsjahr veranlaßt werden würde. Vom Jahre 1925 ab bis 1928 gebe der gewerbliche Nachwuchs zurück, 50 Prozent der Schüler kämen weniger zur Einstellung. Die Wirtschaft müsse sich schon jetzt darauf einstellen. Die Ausbildungs- und Fachkräfte nähmen immer größeren Umfang an. Die Ausstellungen des Landesgewerbeamts würden produktionsfördernd. Im Jahre 1925 wurden 266 Teilnehmer in 135 Fachklassen ausgebildet. Die Heranbildung der Industrie zur Unterhaltung der besonderen Fachkräfte habe sich ideal und materiell bewährt. Nach weiterer Mitteilung wurde Hof (Str.) angenommen, ebenso Hof (Str.) den Ausschuss für Arbeitsvermittlung. Eine große Debatte entstand bei Hof (Str.) Erwerbslosenunterstützung. Berichterstatter Pfleger (Sog.) mit einem Ueberblick über die Erwerbslosenfrage und deren Schicksalungen. Staatsrat Rau teilte mit, daß am 15. April in Stuttgart 45 250 Arbeitslose vorhanden waren (35 932 männliche und 9580 weibliche). Dazu kommen 8229 Rotkandenteiler. Das Reichsarbeitsministerium und die Reichsregierung seien gegen die Sonderleistungen einzelner Gemeinden. Die Regierung habe versucht, möglichst viele Rotkandenteiler zurückzuführen. Bis 1. März 1926 sind 327 Rotkandenteiler zurückgeführt worden. 32 neue wurden genehmigt. Württemberg mache hierin erhebliche Über dem Reichsdurchschnitt. Ein Zentrumsmittler erklärte, die Erwerbslosenunterstützung unterliege die soliden Arbeitskräfte und sei keine Hausveranbarung. Er bringt Klagen über die Kurzarbeiterunterstützung vor und begründet einen Antrag auf Schaffung von Lohnstellen in der Erwerbslosenunterstützung. Ein demokratischer Redner ist für Verbesserungen der Kurzarbeiterunterstützung. Staatsrat Rau erklärt, daß die Reg. den Anträgen auf Schaffung von Lohnstellen zustimme. Ein Redner des Bauernbundes spricht für die Stärkung des inneren Marktes und für die Erwerbung von Kolonien. Bei der Abstimmung wurde ein Antrag Ander (Str.) angenommen, die Regierung zu ersuchen, die Reichsregierung für die weitere Gewährung der um 1. Mai laufenden erhöhten Unterstützungsleistungen einzutreten und darüber hinaus für die Bildung von Lohnstellen unter Berücksichtigung des wöchentlichen Arbeitsverdienstes einzutreten. Ferner wurde angenommen ein Antrag Dr. Schumacher (Sog.), die Gewährung von staatlichen Darlehen an die Gemeinden zur Durchführung von Rotkandenteiler in Erwägung zu ziehen und das Ergebnis dem Landtag zu berichten.

Stuttgart, 23. April. Nach dem Rechenschaftsbericht des hiesigen Ausschusses des ersten Evangelischen Landeskreises bei der Rechnung für den Haushalt der evangelischen Landeskirche im Jahre 1924/25 einen Ueberfluß von 6000 Mark erzielt. Die Landeskirchensteuer einschließlich der im Jahre 1921 notwendig gewordenen Nachsteuer gab einen Ertrag von 3 019 662 Mark. Neben der Bewältigung der laufenden Ausgaben konnten für die Ansammlung eines Betriebsabfalls 400 000 Mark verwendet werden, womit freilich diesem Bedürfnis noch nicht genügt ist. Die Ausgaben betragen im ganzen 3 573 714 Mark, die Einnahmen 3 639 496 Mark.

Stuttgart, 24. April. Wer besitzt die Einkommensteuer? Der Abg. Winter (Sog.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Ist das Staatsministerium bereit, das Sonderkennzeichen am Kaufkraft zu erfinden und alsdann Mitteilung zu machen, wie sich in Württemberg das Einkommen der Einkommensteuer im Jahr 1925 auf die einzelnen Verhältnisse, getrennt nach Landwirten, Gewerbetreibenden und Lohn- und Gehaltseinkommern, verteilt? Da die Veranlagung der Gewerbetreibenden noch im Gange ist, genügt die Angabe über deren Vorauszahlungen.

Stuttgart, 24. April. Der Abg. Pfleger (Sog.) hat folgende kleine Anfrage eingebracht: Der Landtag hat am 18. Dezember 1925 beschlossen, das Staatsministerium zu ersuchen, die von Städten und Gemeinden darauf hinzuwirken, daß für die Begleichung von Ausweisbescheinigungen zur Verabfolgung von Arbeiter- und Arbeiterinnenbescheinigungen die Gebühren nicht erhöht werden. Entgegen diesem Beschluß werden von den Schulbehörden Gebühren dieser Art teilweise auch jetzt noch erhoben. So wird von mehreren Schulbehörden im Oberamt Herrenberg für die Begleichung der Ausweisbescheinigungen zur Erlangung von Arbeiter- und Arbeiterinnenbescheinigungen von 50 Pf. in Anrechnung gebracht. Ich erlaube um Auskunft darüber, was vom Staatsministerium auf Grund des angeführten Landtagsbeschlusses veranlaßt wurde bzw. was in Aussicht genommen ist, um die gebührenfreie Begleichung der in Frage stehenden Ausweise durch die Schulbehörden sicherzustellen. Mit Rücksicht darauf, daß Vollstrecken des Landtags gegenwärtig nicht stattfinden, bitte ich um schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Stuttgart, 24. April. Reichspräsident von Hindenburg wird der hiesigen Staatsregierung am 10. Mai seinen Besuch machen. Er wird gegen Mittag in Weimar eintreffen und im Laufe des Abends die Stadt wieder verlassen. — Nach Besprechungen des „Vorwärts“ wird die Sozialdemokratie neue Bemühungen für ihre Zustimmung zum Abfindungskompromiß heßen.

Der Württembergische Sparerebund und der Volksentscheid.

In der amtlichen Berliner Rundgebung gegen den Aufwertungsgesetz erhalten wir vom Württ. Sparerebund (Hauptverbandsleiter- und Sparereinkaufverband E. S.) Stuttgart, Hauptstraße 53, eine längere Zuschrift, in der es u. a. heißt: Sollte ein Gesetzesentwurf der angeführten Art tatsächlich ein-

gebracht werden, so könnten alle die Volksteile, die auf eine endliche Wiedergutmachung des ungeheuren Inflationsunrechts warten, darin nur einen verheerenden Gewaltakt erblicken, aber Druck erzeugt Gegendruck! Wir glauben vorerst nicht, daß Reichstag und Reichsrat einem solchen Gewaltakt ihre Zustimmung geben würden. Obgleich würde dieser Gesetzesentwurf als verfassungswidrig einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedürfen. Aber selbst wenn dieser Entwurf von den gesetzgebenden Körperschaften angenommen werden sollte, so wäre er ein Schlag ins Wasser. Denn dann würde eben ein Volksentscheid sofort gegen dieses Gesetz gerichtet, und dann auch gegen den Absatz 4 des Artikels 73 Sturm gelassen werden. Das fände sehr viel Gefolgschaft. Will das wirklich die Regierung? Der angeführte Gewaltakt ist den Sparerschülern ein erwünschtes Zeichen, daß die von ihnen entzündete Volksbewegung als sehr hoch eingeschätzt wird. Andererseits kennzeichnet sich die Reichsregierung selbst genügend durch den Schluß ihrer Rundgebung: Das Entgegenübergeben läßt sie gewähren, das Volksgeschehen auf gerechte Umwertung will sie abwarten! Die folgen aber dieser Rundgebung: das ganze Volk, der letzte betrogene Sparer, wird sich auflehnen gegen diesen Akt der Willkür und der Rechtsbeugung.

Die Regierung und der Handwerks-Altmittelstand.

„Zum guten Gelingen der Sammlung des Altmittelstands“ hat Staatsrat Rau vom Arbeitsministerium der Verbandsleitung des Württ. Handwerks die folgenden Wünsche übermittelt: „Den Altmittelstand des Handwerks, die in der Zeit der tiefsten Not unseres Vaterlandes ihre Spargrößen eingestrichelt haben, zu einem Aufbruch in dem schönsten Handwerker-Erholungsheim Bad Niedernau zu verhelfen und ihnen damit einen Teil des Dankes abzuklären, den sie durch ihr Wirken und Schaffen in auch um die Allgemeinheit des Handwerks verdient haben. In ein hochverdienstliches Unternehmen des Verbandes der Württ. Gewerbetreibenden und Handwerkervereinigungen. Ich wünsche ihm den schönsten Erfolg.“ Gleichseitig hat Staatsrat Rau aus der Kasse des Arbeitsministeriums einen Beitrag von 50 Mark bewilligt.

Der deutsche Außenhandel im März 1926.

Berlin, 24. April. Die Aktivität der deutschen Außenhandelsbilanz hat sich im März gegenüber dem Vormonat weiter gesteigert. Der Ausfuhrüberschuß im März betrug insgesamt 240 Millionen RM, im reinen Warenverkehr 78 Millionen RM, gegen 121 Millionen RM im Februar und 88 Millionen RM im Januar. Die reine Wareneinfuhr im März zeigt gegenüber dem Vormonat eine weitere Abminderung um 16 Millionen RM. Die Fertigmareneinfuhr ist um 11 Millionen RM, die Lebensmittelinfuhr um 7 Millionen RM, und die Rohstoffeinfuhr um eine Million RM zurückgegangen. Dagegen zeigt die Einfuhr an lebenden Tieren eine Zunahme um 3 Millionen RM. Die Ausfuhr weist gegenüber dem Vormonat eine beträchtliche Zunahme um 140 Millionen RM auf. Davon sind beteiligt die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren mit 28 Millionen RM, die Ausfuhr an Fertigmaren mit 122 Millionen Reichsmark, während die Ausfuhr an Lebensmitteln eine leichte Abminderung um 5 Millionen Reichsmark zeigt.

Der deutsch-russische Vertrag unterschrieben.

Berlin, 24. April. Der deutsch-russische Vertrag ist am Samstag nachmittag um 2 Uhr im Arbeitszimmer des Außenministers von dem russischen Vizekanzler Krestinski und Dr. Stresemann unterschrieben worden. Die Verhandlungen haben also, wie wir schon vor einigen Tagen ankündigen konnten, einen Verlauf genommen, der den Erwartungen der deutschen Außenpolitik entspricht. Es ist gelungen, die weitergehenden russischen Wünsche abzuweisen und Formulierungen zu finden, die in der Richtung der bisherigen deutschen Politik laufen. Dadurch wird der neue Vertrag, der als Berliner Vertrag in der künftigen Politik noch eine große Rolle spielen wird, eine Ergänzung auf der einen Seite des Vertrags von Rapallo, auf der anderen Seite der Locarnoverträge sein. Die deutsche Regierung hat Absicht, das Dokument an unsere auswärtigen Vertreter überhand, damit sie bei allen interessierten Staaten überreicht werden soll. Die Veröffentlichung wird noch bis Mitte nächster Woche zurückgehalten.

Der Gesetzesentwurf über die Fürstenerntelegung.

Berlin, 24. April. Die Reichsregierung hat heute beschlossen, den im Volksbegehren verlangten Entwurf eines Gesetzes über Entlegung der Fürstenerntenden dem Reichstag zu unterbreiten. Demgemäß hat der Reichsminister des Innern eine entsprechende Vorlage an den Reichstag gemacht, die heute nachmittag dort eingegangen ist. Die Vorlage enthält einen Bericht, der das Fürstenerntenden des Volksbegehrens feststellt. Die Vorlegung der Reichsregierung führt aus: Die entschuldigungslose Entlegung des gesamten Vermögens der Fürsten, wie sie der Entwurf vorküht, widerspricht den Grundgesetzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. Die Reichsregierung vermag daher den Inhalt des Entwurfs nicht als brauchbare Unterlage für die Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ebenfalls regierenden Fürstenerntenden anzusehen und spricht sich auf das entschiedenste gegen die Annahme des Entwurfs durch den Reichstag aus. Dagegen kann nach Ansicht der Reichsregierung eine angemessene Regelung der Auseinandersetzung nach den Grundgesetzen der zur Zeit der Beratung des Rechtsausschusses des Reichstags unterliegenden Entwurfs eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vormals regierenden Fürstenerntenden (sogenannter Kompromißentwurf) erfolgen. Die Regierung wird überhört in Verfolg ihrer Erklärung vom 26. Januar 1926 das Zustandekommen eines Kompromißentwurfs

mit allen Mitteln fördern und hofft, daß auf diesem Wege für die Auseinandersetzung zwischen Fürsten und Ländern eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, durch die sich der weitergehende Gesetzesentwurf des Volksbegehrens inhaltlich erübrigt.

Der Reichskanzler in Front.

Berlin, 24. April. Dem Reichskanzler ist es anscheinend nicht ganz leicht gefallen, aus der Reserve herauszutreten, die er sich den Parteiverhandlungen über die Fürstenerntenden zunächst auferlegt hatte. Er hat durchblicken lassen, daß er zu weitgehendem Entgegenkommen bereit ist. Nur eine Grenze hat er gezogen, daß er nicht, wie die Sozialdemokraten es verlangten, Richterprüche aus der Vergangenheit aufheben lassen will, weil er darin ein Mittel an den Grundbesitz des Reichshauses sieht. Diesem harten Willen gegenüber hat auch die preussische Regierung sich gebeugt und die Forderungen zunächst fallen lassen, die im Rahmen der Fürstenerntenden die rückwirkende Kraft des Kompromißantrags weit in die Vergangenheit erstrecken wollte. Der Kanzler hat die Absicht, ob die Verhandlungen im Ausschuss positiv oder negativ ausfallen, in die entscheidenden Verhandlungen des Reichstags einzugreifen und der Volksvertretung die Verantwortung klar zu machen, die sie auf sich nimmt, wenn sie einen vernünftigen Verhandlungsversuch gerichtlich, und er glaubt auch, daß er sich damit schließlich durchsetzen wird, eine Heberzeugung, die allerdings vorerst nicht allgemein geteilt wird. — Mit derselben Entschiedenheit wird sich Dr. Luther auch für die Regierungsvorlage einsetzen, die ein Volksbegehren über die Aufwertung unmöglich macht. In Uebereinstimmung mit dem Wirtschaftsminister ist der Kanzler der Meinung, daß schon der Beginn eines Volksbegehrens zu einer Stagnation unserer ganzen Finanzwirtschaft führen müßte, weil dann bis zur endgültigen Friedigung durch den Volksentscheid, also durch Monate hindurch, der Kredit des Staats wie auch der Wirtschaft im Ausland gelähmt würde, da niemand geneigt sein wird, nach Deutschland Geld zu leihen, sobald die Hypothek einer hohen Aufwertung in Zweifel gezogen wird. Deshalb ist die Reichsregierung, wie wir bestimmt wissen, entschlossen, aus dem Schicksal dieser ihrer Vorlage alle Konsequenzen zu ziehen, d. h. zurückzutreten, sobald der Reichstag das Gesetz ablehnen sollte. Der Kanzler will es dann seinem Nachfolger überlassen, ein Volksbegehren über die Aufwertung offiziell zuzulassen. Er glaubt persönlich, daß sich keine Regierung finden werde, die sich wegen der Folgen dazu beugt und rechnet auch hier damit, daß die Parteien sich mehr oder minder dem Gedanken gegenüber ablehnend verhalten und dem Entwurf der Regierung zustimmen werden. Auch hier liegen also, gerade weil die Regierung sich für ihre Gedanken so stark einsetzt, Krisenmöglichkeiten, die offenbar im Reichstag vorerst noch nicht recht beachtet werden, die aber, weil der Zusammenhang zwischen Fürstenerntenden und Aufwertungsablehnung von der Opposition gleichmäßig ausgewertet werden wird, die gesamte Lage noch weiter erschweren.

Ausland.

London, 24. April. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde das Sparamteitsgesetz noch ablehnenden Erklärungen MacDonalds und Lloyd Georges mit 328 gegen 158 Stimmen angenommen.

Eine neue Versicherungsmassnahme.

Karlsbad, 24. April. Der Stadtverordnetenrat wurde mitgeteilt, daß sie innerhalb 24 Stunden die erforderlichen Räumlichkeiten zur Unterbringung einer künftigen Garnison zur Verfügung zu stellen habe. In der Sitzung der Stadtverordnetenrat wurde gegen eine künftige Garnison mit Rücksicht auf den Charakter Karlsbads als Kurort scharfer Protest eingelegt. Auch beim Präsidenten der Republik wurde Einspruch erhoben. Das Militär soll vorläufig in den Räumlichkeiten der Rembahn untergebracht werden, wodurch die Rennen in Karlsbad in Frage gestellt werden, obwohl hierfür bereits 160 Rennpferde angemeldet wurden, deren Unterbringung damit unmöglich ist. Heute trafen bereits vier Offiziere und 130 Mann in Karlsbad ein. Die Errichtung einer künftigen Garnison in Karlsbad wird mit den letzten politischen Ereignissen in Karlsbad begründet. Die Bevölkerung ist stark demütigt.

Aufteilung der Türkei.

In London sind über den geheimen Vertrag zwischen Mussolini und Pangalos heute weitere Punkte bekannt geworden. Während es zuerst hieß, daß Italien sich von der Türkei den Streifen bis Egedir und Selimi aneignen sollte, heißt es heute, daß die Annerion bis Adalia hochfestigt ist. Südspanien soll nicht, wie es zuerst hieß, reichliche Oelfunzeionen in Albanien erhalten, sondern einen Korridor herunter bis Saloniki mit der Eisenbahn und einen Teil des Dajens. Ferner soll Griechenland eine Woche lang Konstantinopel besetzen und dann dem Völkerverbund diese Stadt überweisen. Die ökonomische Entwicklung Kleinasiens würde Italien vorbehalten bleiben, während Griechenland durch die Wiedererlangung von Smyrna das ganze Territorium, das es während des Weltkriegs eingeht hat, zurückbekommen soll. Italiens Verbrechen, sich bei der Regelung der Mosulfrage auf seinen Englands zu stellen, hat Italien das Verprechen Englands entgegen, daß England sich dem griechisch-italienischen Vertrag gegenüber neutral verhalten wird. Italien erhält außerdem weitere Zugeständnisse in Kleinasien, wenn es seine Ansprüche auf Adalia aufgibt.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 24. April. In der am Samstag im Restaurant Schumacher stattgehabten Generalversammlung des Musikvereins begrüßte in Vertretung des am Er-

1. Bild...

Weinsberg, 25. April. (Das Schicksal des Bezirkskrankenhauses.) Der Gemeinderat hat beschlossen, in die beiden oberen Stockwerke des bisherigen Bezirkskrankenhauses fünf Wohnungen einzubauen, an die die am schlechtesten untergebrachten kinderreichen Familien zu bewohnen. Für den unteren Stock des Krankenhauses ist eine Art Bürgerheim vorgesehen.

Stuttgart, 24. April. (Voll- und Gemüsesmarkt.) Edelsohl 30-45, Topfapfel 15-30, Kartoffeln 4-5, Kopfsalat 10-25, Wirsing 10-15, Filderkraut 10-15, Weizkraut 10-15, Kohlrabi 10-15, Blumenkohl p. Stück 20-100, gelbe Rüben 10-15, Zwickel 1/2, Ag. 7-12, Sellerie 1 Stück 10-30, Spinat 18-22, Gurken 50-90, Radishes 15-20, 1 Bund U. Spargeln 1.30-1.80, 1/2 Kg. Spargeln Spargeln 50-1.20, 1 Bund Kirschen 8-12.

Zentrumredner beklagte die Dezimierung der an sich nicht geringen Stellen der Biiologen, nicht nur durch die Mitreduktion der Mitglieder der Ministerialabteilung, sondern durch Verchiebung an andere Staatsämter.

Ein folgenschweres Autounglück. Wambsheim, 25. April. Ein folgenschweres Autounglück, das drei Todesopfer forderte, ereignete sich heute zwischen Groß-Görschen und Lutterbach.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

